



EUROPAWAHL

ARGUCARDS



EUROPAWAHL
ARGUCARDS

EUROPA DER ARBEITER*INNEN SOZIALES EUROPA
MIGRATION UND ASYL
LIEFERKETTENGESETZ: GLOBALISIERUNG ENDLICH FAIR MACHEN!
KAMPF GEGEN RECHTS
ERASMUS+ FÜR ALLE
EUROPÄISCHE JUGENDGARANTIE
CANNABISLEGALISIERUNG EUROPaweIT
FEMINISMUS QUEERE RECHTE
EUROPÄISCHEVERKEHRSPOLITIK
EUROPEAN GREEN DEAL

ARGUMENTATIONSHILFEN
SCHULDISKUSSIONEN MITDER AFD

KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS
GLEICHGESCHLECHTLICHE EHE IN GANZ EUROPA
ZUGANG ZU KOSTENLOSEN UND SICHEREN
SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHEN
RUSSISCHER ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE
EUROPAWEITE JUGENDGARANTIE
EUROPEAN GREEN DEAL
MIGRATIONSPOLITIK

EUROPA DER ARBEITER*INNEN

SOZIALES EUROPA

EUROPA DER ARBEITER*INNEN

SOZIALES EUROPA

HARD FACTS



Die Ungleichheit innerhalb der EU ist immer noch enorm: In Ländern wie Frankreich oder Italien liegt die Tarifbindung bei etwa 100 %, in Estland nur bei 8 %. Die Armutsgefährdung reicht von 22,9 % (Bulgarien) bis 10,2 % (Tschechien) und die Jugendarbeitslosigkeit von 5,7 (Deutschland) bis 28,6 % (Spanien). Während der Markt in der EU zusammengewachsen ist, sind die Bedingungen für Arbeitnehmer*innen immer noch extrem unterschiedlich.

EUROPA DER ARBEITER*INNEN

SOZIALES EUROPA

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN



Sozialpolitik hat in der Entstehung der EU anfänglich keine zentrale Rolle gespielt. Die Entstehung der EU war vor allem von der Friedenssicherung auf der einen und dem gemeinsamen Markt auf der anderen Seite getrieben. Erst 1993 wurde das EU-Sozialprotokoll beschlossen. Eine der Konsequenzen des Sozialprotokolls war die Einführung des Europäischen Betriebsrats.

Trotzdem ist die Sozialpolitik in der EU und auch die Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen weitestgehend durch nationale Regeln bestimmt. Europäisch sind vor allem Fragen der Arbeitssicherheit und Antidiskriminierung, während die sozialen Sicherungssysteme und Beschäftigungspolitik bei den Mitgliedsstaaten liegen. Erklärungen wie die „Europäische Säule Sozialer Rechte“ verbleiben leider viel zu oft auf der Ebene der Absichtserklärung. Dadurch haben sich auch Schlupflöcher für Unternehmen ergeben, die zum Beispiel Mitbestimmungsrechte, die in Deutschland gelten, umgehen wollen.

Die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer*innen nehmen in Deutschland mit der Größe des Unternehmens zu. Durch die Umwandlung eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) kann der Mitbestimmungsstatut eingefroren werden, sprich: Obwohl das Unternehmen wächst, bleibt die betriebliche Mitbestimmung wie in einem kleineren Unternehmen. Außerdem haben viele Unternehmen längst Mitarbeiter*innen in mehreren EU-Ländern. Zwar gibt es seit etwa 30 Jahren Europäische Betriebsräte. Diese werden aber oft vom Management übergangen, auch weil ihre Rechte nicht klar genug festgelegt sind und die Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen des Managements fehlen.

EUROPA DER ARBEITER*INNEN

SOZIALES EUROPA

UNSERE FORDERUNGEN



Die Europäische Union bildet einen großen Binnenmarkt mit fast 200 Millionen Erwerbstätigen. Die soziale Union ist nicht im gleichen Maße vollzogen. Das ist vor allem ein Nachteil für Arbeitnehmer*innen, zum Beispiel wenn Unternehmen ihre Mitbestimmung einschränken.

Deshalb fordern wir, das Einfrieren von Mitbestimmungsrechten bei Europäischen Aktiengesellschaften abzuschaffen und Europäische Betriebsräte zu stärken, zum Beispiel mit klaren Informationspflichten durch die Arbeitgeber*innen und wirksame Sanktionen bei Missachtung dieser Pflichten. Mitbestimmungsrechte in multinationalen Unternehmen wollen wir EU-weit festlegen. Das langfristige Ziel ist, dass die EU nicht mehr nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Sozialunion sein soll und damit eine Union für alle.

MIGRATION UND ASYL

MIGRATION UND ASYL HARD FACTS



Kriege, gewaltsame Vertreibungen, Unterdrückung, Hunger und Klimakatastrophen führen weltweit zu Fluchtbewegungen. Im Jahr 2023 stellen 1,1 Millionen Menschen Asylanträge in der EU. Auf eine Kleinstadt mit 40.000 Einwohnern kämen im Durchschnitt also etwa 100 Antragsteller*innen. Wer Asyl erhält, bekommt es meistens auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention.

Das Asylrecht nach Artikel 16a des Grundgesetzes ist mit der Zeit so weit eingeschränkt worden, sodass weniger als 2 % der Anträge zu einer Anerkennung nach Art. 16a GG führen. Insgesamt sind aber fast 70 % der inhaltlich geprüften Asylanträge in Deutschland erfolgreich. Die meisten Antragsteller*innen kamen 2023 aus Syrien, einem Land, das durch den Diktator Assad völlig verwüstet wurde und nach wie vor unterdrückt wird, gefolgt von Afghanistan, in dem seit drei Jahren die islamistischen Taliban regieren. Für viele Menschen endet die Flucht nach Europa tödlich. Seit 2014 sind fast 30.000 Geflüchtete im Mittelmeer ertrunken. Durch Beteiligung an illegalen Pushbacks auf dem Mittelmeer ist auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex an solchen Todesfällen beteiligt.

Zusätzlich zu den Asylbewerber*innen haben die EU-Staaten ca. 4,3 Millionen Geflüchtete aufgenommen, die vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geflohen sind. Deshalb wurde zum ersten Mal in der Geschichte der EU die sog. „Massenzustromrichtlinie“ aktiviert, was in Deutschland konkret bedeutet, dass Geflüchtete aus der Ukraine nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen unterkommen müssen, sondern sich private Unterkünfte suchen können, dass sie direkt arbeiten oder auch studieren können.

Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wird von der deutschen Bundesregierung, aber auch von der EU-Kommission, immer wieder als eine „europäische Antwort“ auf die Migrationsbewegungen nach Europa gepriesen. Die Frage ist aber: Woraus besteht diese Antwort? In erster Linie aus Abschottungsmaßnahmen. Kernbestandteil dieser Reform sind sogenannte Grenzverfahren.

Wenn Schutzsuchende aus einem Land mit einer Anerkennungsquote von unter 20% kommen, werden sie unter haftähnlichen Bedingungen in Lagern an der EU-Außengrenze untergebracht. Ihre Anträge werden im Schnellverfahren geprüft. Es ist zu befürchten, dass die Rechtsstaatlichkeit der Verfahren darunter massiv leiden wird. In Deutschland wird etwa ein Drittel der Asylentscheidungen vor Verwaltungsgerichten beklagt. Wie das im Grenzverfahren möglich sein soll, ist völlig unklar.

Ein oft genanntes Argument für die GEAS-Reform ist, dass die Zustände an der EU-Außengrenze unmenschlich seien und durch die Reform endlich europäisch geregelt werden. Faktisch werden die Zustände an der EU-Außengrenze durch die Reform zementiert. Die Lager sind fester Bestandteil der Reform, eine höhere Aufnahmebereitschaft der übrigen Mitgliedstaaten ist aber nicht absehbar. Dadurch wird es weiter zu überfüllten Zeltstädten kommen. Die umstritten EU-Krisenverordnung sieht sogar vor, im Krisenfall die Unterbringungsstandards noch weiter zu senken. Die europäische Einigung verbessert also wieder die Aufgabenverteilung innerhalb der Europäischen Union noch die Lebensbedingungen der Schutzsuchenden.

MIGRATION UND ASYL

UNSERE FORDERUNGEN



Wir Jusos stehen unverbrüchlich zum Recht auf Asyl. Die EU muss ihre Werte an ihrer Außengrenze und im Umgang mit Schutzsuchenden beweisen. Deshalb fordern wir:

- Die Freizügigkeit aller Schutzsuchenden in der Europäischen Union und damit verbunden auch die freie Wohnortwahl in Deutschland anstatt der verpflichtenden Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen
- Eine staatliche Seenotrettung
- Die Abschaffung von Frontex
- Keine Migrationsabkommen mit Drittstaaten
- Die Schaffung sicherer Fluchtrouten
- Allen Menschen die gleichen Möglichkeiten zur Teilhabe zu geben, also auch arbeiten, zur Schule zu gehen oder studieren zu dürfen
- Ein Ende der Debatte über weitere Einschränkungen des individuellen Rechts auf Asyl

**LIEFERKETTENGESETZ:
GLOBALISIERUNG ENDLICH FAIR
MACHEN!**

LIEFERKETTENGESETZ: GLOBALISIERUNG ENDLICH FAIR MACHEN! HARD FACTS



In unserer globalisierten Wirtschaft wird kaum eine Ware an nur einem einzigen Ort hergestellt. Fast alles, was wir in Europa kaufen können, hat viele tausende Kilometer zurückgelegt, bevor es im Geschäft landet. Baumwolle wird in Usbekistan oder Äthiopien geerntet, nach Bangladesch geschickt und dort zu einem T-Shirt genäht, bevor es zum Verkauf nach Europa geht. Über 18.000 Kilometer legt ein T-Shirt zurück. Je komplexer das Produkt ist, desto komplexer werden auch die Lieferketten. 80 % des Welthandels beruhen auf globalen Wertschöpfungsketten. Sie sind aus unserem Alltag nicht wegzudenken.

LIEFERKETTENGESETZ: GLOBALISIERUNG ENDLICH FAIR MACHEN! HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN



Globale Lieferketten können Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen – aber nur, wenn sie fair gestaltet werden. In der Realität sieht das oft anders aus. Große Konzerne nutzen globale Lieferketten, um sich um faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit oder Umweltschutz nicht kümmern zu müssen.

Ein Beispiel ist der Einsturz der Textilfabrik „Rana Plaza“ in Bangladesch, bei dem im Jahr 2013 über 1000 Menschen gestorben sind. Solche Fabriken produzieren fast ausschließlich für den europäischen Markt, unterliegen aber nicht europäischen Standards. 28 Millionen Menschen weltweit werden zu Zwangsarbeit gezwungen, 160 Millionen Kinder müssen Kinderarbeit leisten – auch für Produkte, die am Ende in Europa verkauft werden.

Marktliberale, wie die FDP, wehren sich immer wieder dagegen, europäische Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Deshalb hat die FDP versucht, das europäische Lieferkettengesetz zu blockieren – zum Glück erfolglos.

LIEFERKETTENGESETZ: GLOBALISIERUNG ENDLICH FAIR MACHEN! UNSERE FORDERUNGEN



Wir unterstützen ein europäisches Lieferkettengesetz. Gegen den Widerstand großer Lobbyverbände und der FDP hat sich eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten im März 2024 für ein Lieferkettengesetz ausgesprochen.

Der Kerngedanke: Europäische Unternehmen haben eine Sorgfaltspflicht für ihre Lieferketten. Sie müssen Risiken für Menschenrechte erkennen und entsprechend ihrer Möglichkeit darauf reagieren. Unternehmen dürfen nicht länger so tun, als ginge es sie nichts an, unter welchen Bedingungen für sie in anderen Ländern, vor allem im Globalen Süden, produziert wird. Durch das europäische Lieferkettengesetz werden auch gleiche Bedingungen innerhalb der EU geschaffen, denn ein deutsches Lieferkettengesetz existiert bereits. Deshalb gibt es sogar viele Unternehmen, die ein europäisches Lieferkettengesetz befürworten und 78 % der deutschen Unternehmen halten das Gesetz für umsetzbar. Mit dem europäischen Lieferkettengesetz wird endlich auch die zivilrechtliche Haftung von Unternehmen eingeführt, die sich nicht an ihre Sorgfaltspflichten halten.

Leider wurde das Lieferkettengesetz in den europäischen Verhandlungen abgeschwächt: So soll das Gesetz nur für Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten und mehr als 450 Millionen Euro Umsatz gelten und die zivilrechtliche Haftung wurde eingeschränkt. Dadurch betrifft das Gesetz nur noch große Unternehmen. Das EU-Lieferkettengesetz ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, aber wir Jusos wünschen uns noch mehr: Verbindliche Standards für Arbeitnehmer*innenrechte und Umweltschutz über die gesamte Lieferkette, vor denen sich kein Unternehmen drücken kann. Globalisierung geht für uns nur mit Menschenrechten.



KAMPF GEGEN RECHTS

KAMPF GEGEN RECHTS HARD FACTS



Nicht nur in der EU, auch darüber hinaus werden Demokratien durch rechte Imperialist*innen bedroht. Antifeminismus, rassistische Gewalt und patriarchale Unterdrückung von Minderheiten: Das alles ist Ausdruck und Bestandteil der erstarkenden Rechten in Europa und der Welt.

Gleichzeitig zeigt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, dass ein friedliches Europa, das für die meisten in unserer Generation immer als selbstverständlich hingenommen wurde, fragiler ist, als wir dachten.

Wir stehen deshalb solidarisch an der Seite derer, die ihre Demokratien gegen Feinde von außen verteidigen und solidarisieren uns mit allen Betroffenen rechter Gewalt. Die Ursache für das Erstarren der Rechten sehen wir im kapitalistischen System. Sie profitieren von Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen und werden von den immer gravierenden sozialen Missständen genährt.

KAMPF GEGEN RECHTS HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN



Rechte und extreme Rechte erstarken und die Angriffe auf marginalisierte Menschen, Demokratie und Grundrechte nehmen überall in der EU zu. Diese Entwicklungen bedrohen nicht nur die individuelle Freiheit und Gleichheit eines jeden Einzelnen, sondern auch die Grundlagen unseres gemeinsamen europäischen Projekts. Deshalb kämpfen wir für humanitäre Errungenschaften, wie das Grundrecht auf Asyl und gegen jede Form von Sexismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit und Rassismus.

Die multiplen Krisen des Kapitalismus und die daraus resultierenden sozialen Nöte bilden den Nährboden für den Aufwind, den die Neue und Alten Rechte erleben. Deshalb ist unser Kampf gegen Rechts auch immer ein antikapitalistischer Kampf für ein Europa und eine Welt, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung sind.

Wir müssen gegen die Kräfte vorgehen, die versuchen, unsere emanzipatorischen Errungenschaften wie Gleichberechtigung und Minderheitenrechte zu untergraben. Der Kampf gegen Rechts kann nicht isoliert voneinander geführt werden können, sondern Teil eines umfassenden Einsatzes für eine sozialistische Welt sind, in der die Menschenrechte und das Gemeinwohl im Mittelpunkt stehen.

Wir stellen nationalistischen Kräften unser Verständnis von europäischer und globaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit entgegen. Damit globale Ungerechtigkeiten und die Ausbeutung des Planeten in der Zukunft ein Ende haben. Wir wollen eine gerechtere Welt, in der Demokratie, Freiheit und Gleichheit für alle gewährleistet sind.

KAMPF GEGEN RECHTS UNSERE FORDERUNGEN



Klare Haltung gegen Rechts: Wir müssen laut und deutlich gegen rechte und extrem rechte Gruppen stehen, die unsere Demokratie und die Rechte von marginalisierten Menschen angreifen.

Solidarität mit betroffenen rechter Gewalt und Politik: Wir setzen uns gegen jede Form von Sexismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit und Rassismus ein und empowern und stärken progressive und solidarische Bündnisse,
Antikapitalistische Maßnahmen: Der Kapitalismus ist die Wurzel vieler unserer Probleme. Deshalb ist es wichtig, für ein Europa und eine Welt zu kämpfen, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung sind.

Schutz von Minderheitenrechten: Unsere emanzipatorischen Errungenschaften und der Schutz von marginalisierten Bevölkerungsgruppen dürfen nicht von erstarkenden Rechten untergraben werden.

Ein Europa der Globalen Solidarität: Wir stehen für ein Europa und eine Welt, die auf Solidarität und internationaler Zusammenarbeit basieren, um die wachsende Ungleichheit und die immer krassere Ausbeutung des Planeten zu beenden und in der fernen Zukunft den Nationalstaat zu überwinden.

Streben nach einer Welt der Freien und Gleichen: Unser Ziel ist eine Welt, in der Demokratie, Freiheit und Gleichheit für alle gewährleistet sind und nicht nur das Privileg einiger weniger ist. Diese Utopie stellen wir faschistischen rechten Ideologien entgegen.



ERASMUS+ FÜR ALLE

ERASMUS+ FÜR ALLE HARD FACTS



Erasmus+ ist das Vorzeigeprogramm der EU für die europäische Zusammenarbeit im Bereich allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport.

Es schafft Möglichkeiten für Austausch und Solidarität und richtet sich an alle, die im Bildungssektor – von Unis über Berufsschulen bis hin zur Erwachsenenbildung – sowie in der Jugendarbeit und im Sport engagiert sind.

Für den Zeitraum 2021-2027 stellt es 26,2 Mrd. EUR für Projekte im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Verfügung. Dies stellt eine Aufstockung gegenüber dem vorherigen Zeitraum dar, obwohl die S&D ursprünglich vorgeschlagen hatte, das Budget auf 45 Milliarden Euro zu verdreifachen.

Bis heute haben über 13 Millionen Menschen seit der Einführung des Programms im Jahr 1987 davon profitiert.

**ERASMUS+
FÜR ALLE**

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN



Es ist immer noch schwierig, in der EU von einem Land ins andere zu ziehen oder zu reisen. Besonders für armutsbetroffene junge Menschen, Migrant*innen und wirtschaftlich schwache Berufsgruppen können deshalb nicht an den Errungenschaften der EU, wie die Personenfreizügigkeit, partizipieren. So gehen weniger als 10% der Uni-Absolventen in den meisten EU-Ländern während ihres Studiums ins Ausland.

Mehr Geld für das Programm und die Möglichkeit, würde es einfacher machen für alle, besonders für die, die es schwerer haben. Das würde helfen, Europa gerechter zu machen und dafür sorgen, dass europäische Solidarität keine Worthülse bleibt.

ERASMUS+ FÜR ALLE UNSERE FORDERUNGEN



Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Bildungsinvestitionen (Erasmus + und European Solidarity Corps).

Unser Ziel ist es, dass jede und jeder, der dies möchte, bis zu seinem 25. Lebensjahr mindestens eine durch ERASMUS+ geförderte Lernerfahrung im Ausland machen kann.

Die europäischen und internationalen Jugendverbände und die internationale Jugend- und Sozialarbeit stellen dabei die zentrale Säule des Austausches dar, die wir in ihrer politischen und kulturellen Bildungsarbeit stärken wollen.

EUROPÄISCHE JUGENDGARANTIE

EUROPÄISCHE JUGENDGARANTIE HARD FACTS



Die Europäische Jugendgarantie ist die Zusage der EU-Länder, dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen unter 30 Jahren ein hochwertiges Angebot für eine Beschäftigung, eine Weiterbildungsmaßnahme, eine Lehrstelle, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten, innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Bildung bzw. Ausbildung abgeschlossen haben.

Mit dem Programm werden Jugendarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung bekämpft. Es haben bereits mehr als 24 Millionen junge Menschen nach ihrer Registrierung im Rahmen der Jugendgarantie ein Angebot für Beschäftigung, Weiterbildung, Lehrstellen und Praktika erhalten, aber wir wollen mehr!

EUROPÄISCHE JUGENDGARANTIE

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN



PRO-ARGUMENTE

Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit: Die Europäische Jugendgarantie ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Teilen der EU. Sie bietet jungen Menschen Zugang zu Arbeitsplätzen, Ausbildung und Weiterbildung. Arbeitslosigkeit im jungen Alter ist nicht nur eine emotionale und wirtschaftliche Belastung, sondern hat auch massive langfristige soziale und wirtschaftliche Auswirkungen.

KONTRA ARGUMENTE

Nicht immer die richtigen Jobs: Manchmal passen die Jobs oder Praktika, die durch die Jugendgarantie angeboten werden, nicht wirklich zu dem, was junge Menschen wollen oder brauchen. Es kann sein, dass diese Jobs nicht gut genug sind, um eine richtige Karriere daraus zu machen.

Zu wenig Plätze für alle: Es gibt viele junge Leute, die Arbeit suchen oder eine Ausbildung machen wollen, aber nicht genug Angebote für jeden. Das bedeutet, einige bleiben trotz der Jugendgarantie ohne Job oder Ausbildungsplatz. Deswegen braucht es in der Zukunft eine echte ausfinanzierte EU-Jugendgarantie mit einem Anspruch auf einen guten Ausbildungs- oder Uni-Platz.

EUROPÄISCHE JUGENDGARANTIE UNSERE FORDERUNGEN



Als Jusos wollen wir, dass perspektivisch der Zugang zum ersten Hochschulabschluss oder zur Berufsausbildung europaweit kostenfrei garantiert wird. Wir wollen die Jugendgarantie ausbauen, gemeinsame Standards für kostenlose und hochwertige Ausbildungs- und Bildungsbedingungen schaffen und sicherstellen, dass insbesondere junge Menschen in allen Ländern der EU einen Mindeststandard an Unterstützung erhalten, wenn sie arbeitslos werden. Damit junge Menschen in Europa nicht alleine gelassen werden, auf einem neoliberalen Arbeitsmarkt.

CANNABISLEGALISIERUNG EUROPAWEIT

CANNABISLEGALISIERUNG EUROPAWEIT HARD FACTS



Nach einem langen Prozess wurde Cannabis am 01.04.2024 in Deutschland teillegalisiert. Als Jusos stehen wir für eine Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften, um mehr Sicherheit für Konsument*innen zu erzeugen. Das war bisher nicht möglich, da die europarechtlichen Vorgaben einen staatlichen Verkauf, zwischenstaatlichen Handel und den Anbau von Cannabis untersagen.

CANNABISLEGALISIERUNG EUROPAWEIT HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN



DAFÜR

Eine europäische einheitliche Regelung würde den illegalen Markt ausdünnen, die Sicherheit von Konsument*innen stärken und endlich legalisieren in ganz Europa bedeuten. Dafür müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene angepasst werden.

DAGEGEN

Cannabis ist eine gefährliche Droge, insbesondere für junge Menschen, die auf keinen Fall legalisiert werden darf - auch nicht europaweit.

CANNABISLEGALISIERUNG EUROPAWEIT UNSERE FORDERUNGEN



Unsere Forderung: Europa zieht durch! Wir wollen eine echte Legalisierung von Cannabis in ganz Europa und dafür die rechtlichen Vorgaben ändern. Cannabis wird von einer Vielzahl von Menschen in Europa konsumiert. Alleine in Deutschland sind es schätzungsweise 4,5 Millionen Erwachsene, die Cannabis konsumieren. Der Konsum ist Realität und nicht gefährlicher als zum Beispiel Alkohol. Das Zeug bekommen die Konsument*innen von der Straße, ohne zu wissen, was drin ist. Der Verkauf in lizenzierten Geschäften wird nicht nur die Sicherheit von Konsument*innen stärken, sondern auch Steuereinnahmen erzeugen, die wiederum in Suchthilfe und Präventionsarbeit gesteckt werden können.



FEMINISMUS QUEERE RECHTE

FEMINISMUS QUEERE RECHTE HARD FACTS



Mit dem Erstarren des Rechtsextremismus wird auch der Antifeminismus wieder salonfähig, welcher ein Kern des rechtsextremen Ideologie ist. Gleichzeitig erleben wir, wie in der EU Rechte queerer Menschen angegriffen werden. So beschloss Ungarn in den letzten Jahren mehrere queerfeindliche Gesetze, während die Gewalttaten auf queeres Leben zunahmen.

Die EU ist vor kurzem daran gescheitert, eine weitgehende Reform im Kampf gegen sexualisierte Gewalt zu verabschieden, da unter anderem Frankreich und Deutschland blockierten. So konnte erst eine Einigung gefunden werden, nachdem in Verhandlungen die zentrale Forderung "Nur Ja heißt Ja" aus dem Gesetz gestrichen wurde. In Polen und Irland ist reproduktive Selbstbestimmung praktisch nicht gewährleistet, was zu gesundheitlichen Risiken für Schwangere führt. Der feministische Kampf ist in 2024 also wichtiger denn je, um Gleichberechtigung zu erkämpfen und zu verteidigen.

FEMINISMUS QUEERE RECHTE HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN



Gleichberechtigung ist nicht nur Menschenrecht und das Fundament von Demokratie, sondern vor allem auch ein feministischer Auftrag. Jeder Mensch muss, darf und soll selbstbestimmt und frei über das eigene Leben entscheiden und teilhaben können.

Zentraler Bestandteil von Selbstbestimmung ist auch die Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Patriarchale Machtstrukturen, auch in den Parlamenten, möchten dieses Recht angreifen, meist mit religiösen Begründungen. Dabei ist doch eines klar: jede*r sollte selbst über den eigenen Körper entscheiden können. Parlamente, die mehrheitlich aus Männern bestehen, sollten nicht die Möglichkeit haben, Gesetze über den Körper von FINTA zu machen.

Und: Staat und Religion gehören getrennt - Religionsfreiheit kann nicht bedeuten, das Recht von Menschen mit Gebärmutter einzuschränken. Ähnliche konservative, religiöse und vor allem rechte Ideologien sind auch die Begründungen, um queeres Leben anzugreifen und institutionell zu verhindern. Argumentiert wird mit einer gott-gegebenen, natürlichen Ordnung. Eine solche Argumentation ist nicht nur wissenschaftlich widerlegt, sondern negiert auch, dass queeres Leben schon immer existiert hat. Rechte, konservative Ideologien sind deshalb so gefährlich, weil sie mit angeblich natürlichen Ordnungen und Traditionen argumentieren. Dies gilt es zu enttarnen, denn der Kampf für Feminismus, also für Gleichberechtigung, ist nicht nur ein Kampf für Menschenrechte, sondern auch ein Kampf für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit.

FEMINISMUS QUEERE RECHTE UNSERE FORDERUNGEN



Wir fordern ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung für jede*n. Das bedeutet explizit einen kostenfreien Zugang zu Schwangerschafts-abbrüchen, welche sicher von medizinischem Personal durchgeführt werden. Reproduktive Selbstbestimmung ist einer der längsten Kämpfe der feministischen Bewegung, denn: nur so können FINTA selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden und gesundheitlich geschützt werden.

Das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung bricht mit konservativen, patriarchalen Machtstrukturen und betont gleichzeitig noch eine weitere tragische Realität: Abtreibungen werden durchgeführt. Unabhängig davon, ob sie legal sind oder nicht. So führen FINTA in Ländern mit repressiven Abtreibungsgesetzen Schwangerschaftsabbrüche selber durch und bringen sich damit in Lebensgefahr. Diese Gefahr nehmen sie bewusst auf sich, weil sie keinen anderen Ausweg sehen. Dies betrifft vor allem mehrfach marginalisierte FINTA, welche strukturell über weniger Ressourcen verfügen. Allein aus dieser intersektionalen Analyse ist klar: reproduktive Selbstbestimmung ist feministischer Auftrag. Und der feministische Auftrag ist nichts anderes als der Kampf um Gleichberechtigung, für Menschenrechte und Menschlichkeit.

Außerdem ist für uns klar: lieb doch, wenn du willst! Wir fordern eine europaweite Anerkennung und Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Ehen. Queeres Leben muss geschützt und anerkannt werden, auch wenn Konservative und Rechte wie Viktor Orbán sich dagegen stellen. Wir sind nicht nur die Brandmauer gegen Rechts, sondern einhergehend auch die Brandmauer gegen Menschenfeindlichkeit. Das Recht auf Ehe und Familiengründung ist ein verankertes Freiheitsrecht in der EU-Charta der Menschenrechte und muss garantiert werden. Das Recht selbstbestimmt zu lieben, zu heiraten und Familie zu gründen ist zentraler Bestandteil queerer Befreiungskämpfe und muss als das gesehen werden, was es für heteronormative Beziehungen schon immer war: ein selbstverständliches Menschenrecht.

Unser Europa ist feministisch und steht für Menschenrechte für alle ein, denn wir sind uns sicher: Feminismus bedeutet das gute Leben für alle!

EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK

EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK HARD FACTS



Die Europäische Union muss bis 2050 klimaneutral sein.

Der Verkehr auf europäischen Straßen ist für einen nicht vernachlässigbaren Teil unserer Co2-Emissionen verantwortlich.

Der Verkehrssektor mit einer der größten Verursacher von CO2-Emissionen (21%) [1], verbraucht fast 30% der Energie und hat seit 1990 kaum Reduzierungen erreichen können. Der Strassenverkehr macht dabei 76% aus.

2/3 der deutschen greifen beim täglichen Weg zur Arbeit auf das Auto zurück, weil der ÖPNV zur Zeit keine attraktive oder zielführende Alternative ist. Der Zugang zu Mobilität ist ein entscheidender Beitrag zur sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe. Nicht nur das deutsche Schienennetz ist marode: Die EU möchte bis 2030 die Transeuropäischen Verkehrsnetze vervollständigen. Dazu fehlen zur Zeit Investitionen von 47 mrd Euros pro Jahr (derzeitiges Investitionsniveau 19 mrd Euro).

Die Schäden an Mensch und Umwelt müssen wir als Gesellschaft aber alle bezahlen, von den gesundheitlichen Folgekosten einmal abgesehen. Diese Kosten müssen vom Verursachern der Klimaschäden ausgeglichen werden!

Die Herausforderung ist, Mobilität schnellstmöglich, gleichzeitig klimaneutral, zuverlässig, bezahlbar und für alle zugänglich zu gestalten. Den der Bedarf an Mobilität steigt für alle Bürger*innen. Die Mobilitätswende erfordert eine Transformation in allen Verkehrsbereichen, einschließlich des Individualverkehrs, des öffentlichen Verkehrs und des Güterverkehrs.

Der Kampf gegen die Klimakrise muss aus verschiedenen Gründen an erster Stelle auf der europäischen Ebene geführt werden. Deutschland hat in Europa das größte Schienennetz. Wir fordern, dass eine Generalsanierung durchgeführt wird. Dafür müssen Investitionen bereitgestellt werden.

Gemeinsam mit unseren europäischen Freunden wollen wir ein europäisches Nachtzugnetz aufbauen.

Unsere Vision ist ein Europaticket in der gesamten EU.

Grenzüberschreitende Verkehrsplanung für den Nah- und Fernverkehr.

Wir wollen den ÖPNV auch durch die Einführung eines Jobtickets vorantreiben. Dieses muss über Landes- und Landkreisgrenzen hinweg gültig und paritätisch vom Staat und den Unternehmen finanziert werden.

Wenn ausreichend Alternativen bestehen, wollen wir den PKW-Verkehr weniger attraktiv machen und seine Infrastruktur zurückbauen. Dadurch schaffen wir Platz, der wieder allen Menschen zur Verfügung steht. Die autozentrierte Stadtentwicklung muss beendet werden und nicht mehr von der EU gefördert werden. Wir brauchen breite Gehwege, abgeflachte Bordsteine und Zebrastreifen, Rampen an Treppen, mehr Querungsmöglichkeiten an von Autos dominierten Straßen und barrierefreie Wegeleitsysteme.

Der Europäische Emissionshandel II für Gebäude und Verkehr ab 2027 muss so weiterentwickelt werden, dass CO₂-Preise besser berechenbar sind und die Risiken mit Investitionen in zukunftsfähigen Technologien somit reduziert werden.



EUROPEAN GREEN DEAL

Was hat die EU in der vergangenen Legislaturperiode erreicht? Nachhaltigkeit!

Das europäische Klimagesetz macht das Erreichen des EU-Klimaziels, die EU-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % zu reduzieren, zu einer rechtlichen Verpflichtung. Dies soll unter anderem über den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) erreicht werden, indem Emissionszertifikate nach und nach nicht mehr ausgestellt werden.

1. Green Claims + Empowering Consumers Schutz vor Greenwashing und Verbot von falschen Umweltaussagen. Verbraucher werden künftig besser vor Falschaussagen geschützt und sollen leichter nachhaltige Produkte erkennen können.
2. Right to Repair Recht auf Reparatur von Verbraucherprodukten. Gängige Haushaltsgeräte, einschließlich Smartphones, sollen auch nach Ablauf der Garantiezeit repariert werden können. Hersteller werden zur Reparatur von Produkten wie Waschmaschinen, Staubsaugern und Smartphones verpflichtet.
3. Verpackungen. Verbot von gewissen Einweg- und Kunststoffverpackungen, Verpflichtung, dass bis 2030 alle Verpackungen wiederverwendbar oder recyclebar sind. Einführung von Mehrwegquoten für Take Away-Verpackungen und EU-weite Einführung von Pfand.
4. Ökodesign Nachhaltigkeitsanforderungen für alle Produktgruppen (mehr als die aktuellen Elektro- und Haushaltsgeräte), inklusive transparenter Kommunikation durch einen digitalen Produktpass.

Der Kampf gegen die Klimakrise muss aus verschiedenen Gründen an erster Stelle auf der europäischen Ebene geführt werden. Die EU besitzt eine einzigartige Machtposition, um weitreichende, systemische Veränderungen durchzusetzen, die weit über die Kapazitäten einzelner Nationalstaaten hinausgehen. Doch diese Veränderungen dürfen nicht innerhalb der bestehenden neoliberalen Rahmenbedingungen stattfinden, die den Markt über das Wohl des Planeten und seiner Bewohner stellen.

Die Herausforderungen, die die Klimakrise und die damit verbundene Notwendigkeit einer Energie- und Strukturwende mit sich bringen, erfordern eine radikale Abkehr von profitgetriebenen Wirtschaftsmodellen hin zu einer Wirtschaft, die auf den Prinzipien der Solidarität, Nachhaltigkeit und der Kreislaufwirtschaft basiert. Die EU muss dabei eine führende Rolle einnehmen und sicherstellen, dass der Übergang zu einer nachhaltigen Zukunft nicht auf Kosten der weniger privilegierten Schichten der Gesellschaft erfolgt. Stattdessen muss sie Mechanismen schaffen, die eine gerechte Verteilung der Kosten und Nutzen dieser Transformation gewährleisten.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass die EU ihre politische Macht nutzt, um eine internationale Vorreiterinnen-Rolle einzunehmen und andere Länder zu einem ähnlich ambitionierten Handeln zu bewegen. In einer globalisierten Welt, in der die Auswirkungen der Klimakrise keine Grenzen kennen, ist internationale Solidarität und Kooperation. Die EU hat die Möglichkeit, als Vorreiterin für einen gerechten und effektiven Klimaschutz zu fungieren, der die Bedürfnisse aller Menschen und nicht nur die Interessen von Unternehmen und Vermögenden in den Mittelpunkt stellt.

Die EU muss in Sachen Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen, da das heutige globale Wirtschaftssystem untrennbar mit dem Zeitalter des Kolonialismus verknüpft ist, das auf Ausbeutung von Ressourcen und Ungleichheit basiert. Durch nachhaltigen und solidarischen Klimaschutz, kann die EU maßgeblich dazu beitragen die durch koloniale Praktiken geprägten Wirtschaftsstrukturen zu überwinden und einen Weg hin zu einer gerechteren und ökologisch nachhaltigen Welt zu ebnen.

Wir wollen ein rechtlich verpflichtendes CO2- Budget

Wir wollen Abschaffung der Subventionen für fossile Energieträger

Wir wollen das mindestens 40 Prozent des EU Haushalts sollen an den Klimaschutz geht

Eine klimafreundliche Umstrukturierung Agrarsubventionen CO2 Budget in Handelsverträgen mitdenken

wir wollen eine Europäische CO2-Steuer

Wir wollen das Europäisches Schienennetz endlich grenzenlos vernetzen

Wir wollen Ausbau natürlicher Klimasenken (Wälder, Wiesen, Moore)

ARGUMENTATIONSHILFEN SCHULDISKUSSIONEN MIT DER AfD*

*Die hier zitierten Passagen aus Äußerungen der AfD sowie dem EU-Wahlprogramm der AfD sind nicht Position der Jusos, sondern werden hier gezahlt als Gegenargumentation bei Podiumsdiskussionen aufgeführt.

KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS



HARD FACTS

(Italien), Le Pen (Frankreich) erstarben und bedrohen die Idee einer demokratischen und rechtsstaatlichen EU. Dazu gehören Antifeminismus, rassistische Gewalt und patriarchale Unterdrückung von Minderheiten. Die rechtsextremen Kräfte treiben sukzessive Entdemokratisierungsprozesse voran. Beispiele hierfür sind: Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit in Ungarn, die Justizreformen der vormaligen PiS-Regierung in Polen oder die aktuellen Verfassungsreform in Italien.

UNSERE POSITION

Wir müssen an jeder Stelle laut und deutlich gegen rechte und extrem-rechte Gruppen ankämpfen, die unsere Demokratie und die Rechte von marginalisierten Menschen angreifen. Für uns gilt immer die Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt und Politik.

ARGUMENTATION GEGEN DIE AFD

Der Verfassungsschutz stuft die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall ein. Die AfD ist am rechtesten Rand unseres Parteienspektrums und bewegt sich in einem „völkisch-rechtsextremistischen Spektrum“.

AfD-Spitzenkandidat bei der Europawahl Maximilian Krah ist einer der wichtigsten Exponenten des völkisch-nationalistischen Flügels. Er ist Autor des Manifests „Politik von rechts“, das zu einer Neufundierung rechter Politik für Deutschland und Europa im Sinne der rechten Identitätspolitik aufruft.

Gegen Krah werden Vorermittlungen wegen möglichen Verdachts der Abgeordnetenbestechung geführt aufgrund der möglichen Annahme von Spendengeldern aus dem Ausland.

**ARGUMENTATIONSHILFEN
SCHULDISKUSSIONEN MIT
DER AFD**

GLEICHGESCHLECHTLICHE EHE IN GANZ EUROPA

GLEICHGESCHLECHTLICHE EHE IN GANZ EUROPA



HARD FACTS

In Europa haben 21 Staaten die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Außerhalb Europas haben sechzehn weitere Länder die Ehe für alle. In der EU haben Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Lettland, Polen und Litauen weder die eingetragene Lebenspartnerschaft noch die Ehe für alle.

UNSERE POSITION

Wir fordern eine europaweite Anerkennung und Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Ehen. Queeres Leben muss geschützt und anerkannt werden, auch wenn Konservative und Rechte wie Viktor Orbán sich dagegenstellen.

ARGUMENTATION GEGEN DIE AFD

Die AfD lehnt die gleichgeschlechtliche Ehe entschieden ab. Sie hält die Einführung in Deutschland für verfassungswidrig. Unter anderem wird argumentiert, dass „andere Formen des Zusammenlebens als die Ehe zwischen Mann und Frau nicht mit der Ehe zwischen Mann und Frau gleichzustellen sind.“

**ARGUMENTATIONSHILFEN
SCHULDISKUSSIONEN MIT
DER AFD**

ZUGANG ZU KOSTENLOSEN UND SICHEREN SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHEN

ZUGANG ZU KOSTENLOSEN UND SICHEREN SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHEN



HARD FACTS

Das Parlament der Europäischen Union hat sich für die Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die Grundrechte-Charta der EU ausgesprochen. Das Recht der Gesundheitsversorgung unterliegt jedoch aktuell den Mitgliedsstaaten selbst.

Derzeit hat Polen eines der strengsten Abtreibungsgesetze in Europa. Seit 2020 ist ein Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche nur nach einer Vergewaltigung, Inzest Lebensbedrohung der schwangeren Person erlaubt. Noch strenger dagegen ist die Abtreibungsgesetzgebung in Malta. Hier gibt es ein de-facto Pauschalverbot mit der Ausnahme, dass Abtreibungen möglich sind, wenn die Schwangerschaft das Leben der betroffenen Person ernsthaft in die Gefahr des Todes bringt.

UNSERE POSITION

Wir fordern ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung für jede*n. Das bedeutet explizit einen kostenfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, welche sicher von medizinischem Personal durchgeführt werden. Reproduktive Selbstbestimmung ist einer der längsten Kämpfe der feministischen Bewegung.

ARGUMENTATION GEGEN DIE AFD

Die AfD fordert, dass Abtreibungen zur Ausnahme werden müssen. Das Recht auf Abtreibung zu einem Menschenrecht zu erklären, nennt die AfD eine „groteske Bagatellisierung und Verharmlosung der Kindstötung. Im Europäischen Parlament stemmte sich die AfD entschieden gegen das Recht auf Abtreibung.

**ARGUMENTATIONSHILFEN
SCHULDISKUSSIONEN MIT
DER AFD**

RUSSISCHER ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE

RUSSISCHER ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE



HARD FACTS

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nach über zwei Jahren zu einem Stellungskrieg an den Frontlinien im Osten und in Teilen des Südens der Ukraine geworden. Trotz internationaler Waffenlieferungen fehlt der Ukraine dringend benötigte Artillerie-Munition, die die Russen massiv vorhalten. Es lassen sich innerhalb der letzten Woche leicht Landgewinne durch Russland beobachten.

Seit Beginn des Krieges wird offiziell von ca. 31.000 gefallene Soldat*innen auf ukrainischer und ca. 50.000 Soldat*innen auf russischer Seite gesprochen. Es wird zumindest auf der russischen Seite von einer weitaus höheren Dunkelziffer ausgegangen.

UNSERE POSITION

Friedensordnung durch den russischen Präsidenten Putin pulverisiert und die nationale Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine grundsätzlich negiert. Mit unfassbarem Mut, einer bewundernswerten Entschlossenheit und Stärke verteidigen die Ukrainer*innen seit über zwei Jahren ihre Freiheit und ihre Souveränität.

Es war und bleibt der richtige Schritt der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung das völkerrechtlich verbriefte Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine durch finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe zu unterstützen. Die Fortsetzung dieses Kurses - auch durch die Lieferung weiterer Waffen - halten wir für notwendig, geboten und unterstützen wir.

ARGUMENTATION GEGEN DIE AFD

Außenpolitisch fordert die AfD die Wiederannäherung an Russland und Beendigung der Wirtschaftssanktionen, die im Zuge des Ukraine-Kriegs für den russischen Aggressor verhängt wurden. Im Gegensatz zu gewünschter Annäherung an Russland fordert die AfD mehr Unabhängigkeit von den USA.

**ARGUMENTATIONSHILFEN
SCHULDISKUSSIONEN MIT
DER AFD**



EUROPAWEITE JUGENDGARANTIE

ARGUMENTATIONSHILFEN
SCHULDISKUSSIONEN MIT
DER AFD

EUROPAWEITE JUGENDGARANTIE



HARD FACTS

Die Europäische Jugendgarantie ist die Zusage der EU-Länder, dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen unter 30 Jahren ein hochwertiges Angebot für eine Beschäftigung, eine Weiterbildungsmaßnahme, eine Lehrstelle, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten, innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Bildung bzw. Ausbildung abgeschlossen haben.

UNSERE POSITION

Wir wollen, dass perspektivisch der Zugang zum ersten Hochschulabschluss oder zur Berufsausbildung europaweit kostenfrei garantiert wird. Wir wollen die Jugendgarantie ausbauen, gemeinsame Standards für kostenlose und hochwertige Ausbildungs- und Bildungsbedingungen schaffen und sicherstellen, dass insbesondere junge Menschen in allen Ländern der EU einen Mindeststandard an Unterstützung erhalten, wenn sie arbeitslos werden.

ARGUMENTATION GEGEN DIE AfD

Jegliche Versuche der EU, Mindeststandards in den EU-Mitgliedstaaten einzuführen, betrachtet die AfD als Verstöße gegen die Europäischen Verträge. Die EU-Sozialcharta wird für überflüssig gehalten.

**ARGUMENTATIONSHILFEN
SCHULDISKUSSIONEN MIT
DER AfD**



EUROPEAN GREEN DEAL

ARGUMENTATIONSHILFEN
SCHULDISKUSSIONEN MIT
DER AFD

HARD FACTS

Bis 2050 will die EU-Kommission klimaneutral sein. Menschen und Regionen sollen nicht im Stich gelassen werden und das Wachstum der EU soll von Ressourcenknappheit abgekoppelt werden. Die Netto-Treibgasemissionen sollen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden. Mit dem Paket "Fit for 55" soll der Green Deal in Gesetze übertragen werden.

UNSERE POSITION

Die EU muss in Sachen Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir fordern unter anderem: Ein verpflichtendes Co2-Budget, die Abschaffung der Subventionen für fossile Energieträger, 40 Prozent des EU-Haushalts soll für den Klimaschutz eingesetzt werden, eine klimafreundliche Umstrukturierung der Agrarsubventionen sowie eine grenzenlose Vernetzung des Europäischen Schienennetzes.

ARGUMENTATION GEGEN DIE AFD

Dem AfD begreift den Klimawandel als menschengemacht und als Vorwand der EU, um in alle Lebensbereiche reglementierend einzugreifen. Es wird die Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene“ und des EU-Emissionshandels gefordert. Deutschland und die EU müssen zudem wieder auf die Atomkraft setzen.

MIGRATIONSPOLITIK

HARD FACTS

Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wird immer wieder als eine „europäische Antwort“ auf die Migrationsbewegungen nach Europa gepriesen. In erster Linie besteht das GEAS aus Abschottungsmaßnahmen. Kernbestandteil dieser Reform sind sogenannte Grenzverfahren. Wenn Schutzsuchende aus einem Land mit einer Anerkennungsquote von unter 20% kommen, werden sie unter haftähnlichen Bedingungen in Lagern an der EU-Außengrenze untergebracht. Ihre Anträge sollen im Schnellverfahren geprüft werden.

UNSERE POSITION

Wir Jusos stehen unverbrüchlich zum Recht auf Asyl. Die EU muss ihre Werte an ihrer Außengrenze und im Umgang mit Schutzsuchenden beweisen. Deshalb fordern wir: Die Freizügigkeit aller Schutzsuchenden in der Europäischen Union und damit verbunden auch die freie Wohnortwahl in Deutschland anstatt der verpflichtenden Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen, eine staatliche Seenotrettung, die Abschaffung von Frontex, keine Migrationsabkommen mit Drittstaaten sowie die Schaffung sicherer Fluchtrouten.

ARGUMENTATION GEGEN DIE AfD

Die AfD fordert „eine Migrationspolitik, die eine Trendwende herbeiführt“. Zusammenfassend lässt sich diese Trendwende als „Festung Europa“ beschreiben. Durch Außengrenzschutz sowohl durch die Nationalstaaten als auch durch die EU, nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik und einer Änderung des Schengener Abkommens w die AfD „die unreflektierte und uneingeschränkte deutsche Willkommenskultur beenden“.